

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Werftenkrise - Schattenwirtschaft -
Innerdeutscher Handel - EG-Finanzen - USA**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1983) : Kurz kommentiert: Werftenkrise - Schattenwirtschaft - Innerdeutscher Handel - EG-Finanzen - USA, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 63, Iss. 9, pp. 425-426

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135835>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Werftenkrise

Neuer Höhepunkt

Die Krise des deutschen Schiffbaus hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Weil die Auftragsbücher leer sind, soll einer der traditionsreichsten deutschen Schiffbauplätze, die Bremer Werft der AG Weser, im Rahmen einer Fusion der drei Bremer Großwerften geschlossen werden. Dieser Zusammenschluß, der für die Zukunft des Bremer Schiffbaus eine tragfähige Basis schaffen soll, würde bei Zustimmung aller Beteiligten 230 Mill. DM kosten, von denen die Hälfte die Anteilseigner und den Rest die Steuerzahler finanzieren sollen.

Angesichts dieser Kosten muß jedoch die Frage gestellt werden, ob das Konzept tatsächlich geeignet ist, die Probleme zu verringern, und ob das neugeschaffene Großunternehmen auf Dauer auch ohne staatliche Hilfe existieren kann. Es ist sicher nicht zu bezweifeln, daß die Fusion mit einem gleichzeitigen Kapazitätsabbau zu Rationalisierungen, Kostensenkungen und Verbesserungen der Wettbewerbsfähigkeit führt. Jedoch auch die jetzt zur Stilllegung vorgesehene AG Weser hatte in den letzten Jahren erhebliche Anstrengungen unternommen, die Produktivität zu erhöhen und die Schiffbaukapazitäten zu reduzieren. Dafür wurden auch Investitionszuschüsse des Landes Bremen in Anspruch genommen, die sich jetzt als Fehlinvestitionen erweisen.

Es ist nur zu hoffen, daß dem zur Hälfte mit öffentlichen Mitteln geförderten Fusionskonzept nicht eine ähnliche Fehleinschätzung zugrunde liegt, da angesichts der allgemeinen Situation am Weltschiffbaumarkt auf absehbare Zeit im Großschiffbau kein Geschäft zu erwarten ist. Wenn die subventionierte neue Großwerft dann den mittleren und kleinen Werften Konkurrenz macht, die bislang noch durchaus erfolgreich im Spezialschiffbau tätig waren, jetzt jedoch auch schon an Auftragsmangel leiden, werden mit öffentlichen Geldern neue Probleme geschaffen, die wiederum die Forderung nach weiteren Subventionen nach sich ziehen werden.

wei

Schattenwirtschaft

Bannstrahl aus Bonn

Aus heiterem Auguthimmel traf der Bannstrahl des Bundesarbeitsministers zwei Erscheinungen des noch weitgehend unerforschten Reichs der Schattenwirtschaft: die Schwarzarbeit und die illegale Beschäftigung. Nach dem Wunsch des Ministers sollen diese ille-

gitimen Kinder der Marktwirtschaft von einer „Welle der Verachtung“ fortgetragen werden.

Aus ökonomischer Sicht handelt es sich bei der Schwarzarbeit und der illegalen Beschäftigung um Reaktionen des Marktes auf überhöhte und starre Preise der etablierten Anbieter. Unter Umgehung von Rechtsvorschriften sowie von Steuern und Abgaben bedienen die Schwarzarbeiter zu günstigen Preisen eine Nachfrage, die sonst nicht oder nur teilweise zum Zuge käme. Die Folgen sind Einkommensverluste bei den offiziellen Anbietern und Steuer- und Einnahmeausfälle beim Staat und bei der Sozialversicherung. Da keine Statistik den Wert der Schwarzarbeit erfaßt, steigt mit ihrer Verbreitung auch das Risiko von wirtschaftspolitischen Fehlentscheidungen.

Ein weiteres Anwachsen der Schwarzarbeit kann aber nur verhindert werden, wenn das Problem an der Wurzel bekämpft wird. Durch eine Entlastung von Steuern, Abgaben und bürokratischen Reglementierungen läßt sich die Wettbewerbsfähigkeit der offiziellen Anbieter stärken. Die beim Handwerk unterdurchschnittlich wachsende Produktivität sollte gezielt verbessert werden. Die Schwarzarbeit in der Grauzone der Legalität kann beispielsweise durch vermehrte Selbst- und Nachbarschaftshilfe überflüssig gemacht werden. Aufwendige Kontrollen sollten auf den harten Kern der illegalen Aktivitäten konzentriert werden. Mit pauschaler Ächtung anstelle von ursachenbezogenen Gegenmaßnahmen läßt sich die Schwarzarbeit wohl kaum wirksam bekämpfen.

he

Innerdeutscher Handel

Problematisches Rekordergebnis

Der bisherige Verlauf der deutsch-deutschen Warenströme signalisiert für 1983 ein Rekordergebnis. Doch hinter der Umsatzausweitung verbergen sich erhebliche Probleme, die die weiteren Wachstumschancen der innerdeutschen Wirtschaftsbeziehungen belasten dürften. So ist der innerdeutsche Handel wie schon im Vorjahr Nutznießer der DDR-Verschuldung im Westen; er profitiert allein von der regionalen Verlagerung der Importströme der DDR. Diese bezieht in immer stärkerem Maße dringend benötigte Einfuhren aus dem Westen aus der Bundesrepublik, da ihre Schuldnerposition hier erheblich günstiger ist als gegenüber den übrigen westlichen Industrieländern. Spätestens aber wenn die DDR ihre Konsolidierungsbemühungen im OECD-Handel abgeschlossen hat, wird es zu einer Rückverlagerung der DDR-Importe aus dem Westen auf diese Länder kommen.

Der zukünftigen Entwicklung des innerdeutschen Handels droht aber vor allem von der Warenstruktur Gefahr, dem seit Anbeginn wunden Punkt. Auch die gegenwärtige Expansion erfolgt nämlich auf der Grundlage von Strukturen, die sich auf Dauer zwischen hochindustrialisierten Volkswirtschaften nicht halten werden lassen. Auch 1983 hat sich der Substitutionalitätsgrad der gehandelten Waren nicht erhöht; ein effizienter Technologieaustausch zwischen den beiden deutschen Staaten läßt ebenfalls auf sich warten. Statt den intra-sektoralen Wettbewerb zu fördern, verfestigt die DDR den intersektoralen Warenaustausch. Ein grundsätzlicher Wandel läßt sich hier nur bewirken, wenn die DDR verstärkt ihr eigenes Innovations- und damit ihr Exportpotential hebt, um markterschließende Produkte herzustellen, die auch dem wettbewerbsintensiven Markt der Bundesrepublik entsprechen. Intensivere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die diesem Handel auf längere Sicht neue Impulse geben könnten, erscheinen geboten. pl

EG-Finzen

Anspruch und Wirklichkeit

Noch hat man die wohlklingenden Worte vom Stuttgarter Gipfel im Ohr: Dank der deutschen EG-Präsidentschaft sei ein erster wichtiger Schritt zur Lösung der Finanzierungskrise der Gemeinschaft getan worden. Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Gemeinschaft und die Erweiterung ihrer finanziellen Basis seien die sparsame Bewirtschaftung und vorherige Beseitigung des ineffizienten Einsatzes der bisherigen Mittel, insbesondere im Rahmen der gemeinsamen Agrarpolitik.

Wie verhält sich nun die deutsche Seite bei der praktischen Umsetzung dieser Willenserklärung? Dem Auswärtigen Amt kann es offenbar nicht kompliziert genug zugehen: Dort scheint man darüber nachzusinnen, welche ungelösten weltpolitischen Probleme sich noch an die Lösung der EG-Finanzierungskrise koppeln lassen. Das Finanzministerium nimmt die Nein-Danke-Haltung ein: Es wiederholt, daß gespart werden müsse, und überläßt im übrigen die Entwicklung konstruktiver Vorschläge anderen. Das Landwirtschaftsministerium schließlich, das von der Sache her besonders gefordert wäre, praktikable Sparvorschläge zu unterbreiten, bemüht sich, nach Möglichkeit jegliches finanzielle Opfer von den deutschen Bauern fernzuhalten. Wie sonst wäre zu erklären, daß von allen Vorschlägen der EG-Kommission einzig der aus marktwirtschaftlicher Sicht völlig unakzeptable Gedanke der Einführung von Produk-

tionsquoten im Milchsektor uneingeschränkt auf Gegenliebe stieß, ja sogar noch in bezug auf andere Produkte weitergesponnen wurde. Einen gewissen Verwaltungsaufwand, so wurde immerhin konzediert, erforderte das natürlich.

Wo bleibt da der Spareffekt, und inwiefern kann die so umrissene „deutsche Position“ zu einer Lösung der EG-Finanzierungsprobleme beitragen? Ob man wohl in Bonn eine Antwort weiß? nt

USA

Steigendes Leistungsbilanzdefizit

Die anhaltende Stärke des Dollars ist um so bemerkenswerter, als die amerikanische Leistungsbilanz seit einem Jahr wieder hohe Fehlbeträge aufweist. Belief sich das Defizit 1982 insgesamt auf 11 Mrd. \$, so wird es sich in diesem Jahr wahrscheinlich nahezu verdreifachen.

Die Veränderung der Leistungsbilanz ist überwiegend von der Handelsbilanz bestimmt. Nachdem die amerikanischen Exporte schon seit längerer Zeit durch die Dollarstärke beeinträchtigt worden waren, verschärfte sich ihr Rückgang 1982 noch infolge der Konjunkturschwäche in den anderen Industrieländern, der Einfuhrzurückhaltung der OPEC sowie der Schuldenkrise, insbesondere bei lateinamerikanischen Handelspartnern der USA. Gleichzeitig gingen die Importe aufgrund der zunehmenden Wettbewerbsfähigkeit ausländischer Anbieter trotz Rezession in einem erheblich geringeren Maße zurück als die Exporte. In diesem Frühjahr schließlich nahm im Zuge der kräftigen Konjunkturerholung die Einfuhr wieder sprunghaft zu.

Obwohl das Tempo des Aufschwungs im nächsten Jahr deutlich nachlassen dürfte, wird sich der konjunkturelle Vorlauf der USA gegenüber den anderen Industrieländern wohl kaum schon wesentlich verringern. Selbst wenn deren Importe wieder zunehmen und sich die Einfuhr der OPEC stabilisiert, dürften sich die amerikanischen Exporte nicht genügend erhöhen, um die Außenhandelsdefizite zu vermindern, solange die gegenwärtige Stärke des Dollars anhält. Die strukturell immer noch steigenden Haushaltsdefizite der USA und die damit verbundenen Zinserwartungen stehen aber einem deutlichen Rückgang des Dollarkurses entgegen. Es ist sogar zu befürchten, daß im Wahljahr 1984 die Haushaltskonsolidierung weiter in den Hintergrund treten wird und die protektionistischen Bestrebungen im Kongreß durch die Leistungsbilanzdefizite noch verstärkt werden. ku